

Deutschland" sprach. Ich gestehe, ich bin innerlich zusammengezuckt, weil ich es vielleicht noch gar nicht glauben wollte. Aber wer, wenn nicht Paul Spiegel, wüsste, dass es so ist? Wenn es so ist - und wir haben keinen Zweifel daran -, wie Paul Spiegel und andere berichten, dann, denke ich, hat sich unsere gemeinsame Anstrengung gelohnt.

Es passiert uns - auch das ist heute in den Redebeiträgen deutlich geworden, auch bei mir -, dass wir in Versuchung geraten, über jüdisches Leben als etwas Fremdes, Fernes zu berichten. Ja, es ist fremd, und es war doch so nah - so nah und so fern. Es war nah in einem biblischen Sinne, und es ist vor Jahrzehnten in einem wahrhaft biblischen Sinne aus unserem eigenen Fleisch herausgerissen worden. Diese Wunden sind nach wie vor da. Lassen Sie uns gemeinsam mit den jüdischen Bürgerinnen und Bürgern tagtäglich mit kleinen Schritten daran arbeiten, dass diese Wunden geschlossen werden.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat eine gute Zukunft mit den jüdischen Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Minister Kuschke.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zur Abstimmung. Der Hauptausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/3908**, den gemeinsamen Entschließungsantrag aller vier Fraktionen mit der Drucksachennummer 13/3886 zur Kenntnis zu nehmen und zu bestätigen. Wer ist für diese Kenntnisnahme und Bestätigung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der Entschließungsantrag Drucksache 13/3886 einstimmig bestätigt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 2 und eröffne:

- 3 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Nachtragshaushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung - BVO) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im**

Haushaltsjahr 2003 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2003 (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 2003)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4000

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 13/4100

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion Frau Walsken das Wort.

Gisela Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die zweite Lesung des Nachtragshaushalts gilt in der Regel dem politischen Schlagabtausch. Deshalb lassen Sie mich vorab nur noch einmal wenige strukturelle Bemerkungen zum Nachtragshaushalt machen.

Wir haben erhebliche Mehrbelastungen des Landes durch die konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen. Ich denke, das ist mittlerweile bekannt und auch in seinen Ausmaßen deutlich geworden. Allein aus diesem Grunde werden wir 1,4 Milliarden € an Mindereinnahmen auszugleichen haben. Das führt auch im Länderfinanzausgleich zu erheblichen Nachzahlungen und daraus resultierenden neuen Berechnungen für das Jahr 2003 in Höhe von noch einmal knapp 550 Millionen €.

Das sind im Wesentlichen die Positionen, die die Aufstellung eines Nachtragshaushaltes notwendig gemacht haben. Ich lege Wert auf die Feststellung, dass die steuerbedingten und steuerinduzierten zusätzlichen Ausgaben, die nahezu ausschließlich durch die konjunkturelle Lage bedingt sind, durch zusätzliche Kreditaufnahmen finanziert werden müssen. Das macht eine Erhöhung der Neuverschuldung, wie im Nachtragshaushaltsplan ausgewiesen, von etwa 1,88 Milliarden € erforderlich. Das geschieht unter gleichzeitiger Erklärung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

Die Mehrbelastungen auf der Ausgabenseite, die nicht steuerbedingt sind, werden durch zusätzliche Einsparungen ausgeglichen. Das ist klar. Im Wesentlichen betrifft das gesetzliche Verpflichtungen, eine Erhöhung des Ansatzes "Geld statt

Stellen". Meine Damen und Herren, so weit der Sachverhalt.

Nun haben insbesondere die Oppositionsfraktionen in den letzten Wochen den Eindruck erweckt, als wäre das Ausgleichen der Steuerausfälle durch ein gezieltes Einsparprogramm aufzufangen, und zwar in der Weise, dass man noch im zweiten Halbjahr dieses Jahres 1,9 Milliarden € einspart. Ich sage von dieser Stelle aus noch einmal deutlich: Das ist weder seriös, noch zeigt es große haushaltspolitische Kenntnis. Wer glaubt, Mitte des Jahres noch Einsparungen in der genannten Größenordnung vornehmen zu können, weiß wirklich nicht, wovon der redet.

Wir haben landesweit vielen Projekten, Einrichtungen und Förderungen Bewilligungsbescheide erteilt. Das hat damit zu tun, dass die Projektträger, die dort arbeitenden Menschen, aber auch diejenigen, die für die Umsetzung der Projekte sorgen, sich auf unsere Zusagen verlassen und mit diesen Beträgen kalkulieren können. Wir sind im ganzen Land rechtliche und politische Verpflichtungen eingegangen. Das ist sicher notwendig, wenn das Jahr mittlerweile um sechs Monate fortgeschritten ist. Wer sich hinstellt und sagt, wir könnten aus disponiblen Mitteln, die dieser Haushalt noch in verschwindend geringen Summen bietet, mal eben 1,9 Milliarden € erwirtschaften, der handelt nicht seriös.

Deshalb lassen Sie mich anlässlich der zweiten Lesung mit den Sparvorschlägen aus der Entscheidung auseinander setzen, die die CDU-Fraktion vorgelegt hat, um glauben zu machen, man könnte mal so eben 1,9 Milliarden € einsparen.

Da wird ein jährlicher linearer Personalabbau von 1,5 % in den Landesministerien und Landesbehörden gefordert, außer in den Bereichen Schule, Hochschule, Polizei und Justiz. Diese Bereiche betreffen aber den annähernd größten Teil unserer Personalverwaltung, nämlich über 90 %. Die Landesregierung hat bereits mit erheblicher Kraftanstrengung die noch offenen kw-Vermerke versucht zu realisieren. Ein darüber hinausgehender linearer Personalabbau mitten im Jahr kann nur heißen - das möchte ich deutlich betonen -, dass die CDU meint, wir müssten betriebsbedingte Kündigungen aussprechen, d. h. wir müssten Menschen auf die Straße setzen. Das ist mit uns nicht zu machen. Deshalb sage ich deutlich, dass dieser Finanzierungsvorschlag nicht nur unseriös ist, sondern auch die Sicherheit der Arbeitsplätze der Menschen, die in den Bereichen Schule, Hochschule, Polizei und Justiz beschäftigt sind, gefährdet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, so sollte man mit den Beschäftigten im Lande nicht umgehen.

Weiter steht in Ihrem Text, man könnte den Abbau von 10.000 kw-Stellen realisieren. Kw-Stellen sind Stellen, die mit dem Vermerk "künftig wegfallend" versehen sind.

Dazu ist zu sagen, dass die Landesregierung im Rahmen ihrer Organisationsuntersuchungen kw-Vermerke ausgebracht hat, die im Einzelnen mit Fälligkeitsdaten versehen sind. Von den insgesamt 25.000 kw-Vermerken waren zum Stand 01.01.2003, also zu Beginn dieses Jahres, 8.170 Stellen noch nicht realisiert, weil die Menschen noch auf ihren Arbeitsplätzen sitzen. Davon wiederum werden etwa 4.000 kw-Vermerke einen Fälligkeitszeitpunkt haben, der bis nahe an das Ende der Legislaturperiode im Jahre 2005 heranreichen wird. Lediglich diese 4.000 kw-Vermerke sind durch Zeitablauf überhaupt noch zu erwirtschaften. Das heißt, kassenwirksam für das Jahr 2003 werden sie nicht annähernd so viel Euro erwirtschaften, um die Deckungslücke im Haushalt, die wir durch die Steuermindereinnahmen haben, schließen zu können. Deshalb sage ich, dass es sich um einen unseriösen Vorschlag handelt, von dem ganz klar ist, dass man ihn nicht umsetzen kann.

Bei meinem weiteren Punkt gebe ich zu, dass wir für ihn, auch aufgrund der Diskussionen der letzten Wochen, durchaus Sympathie haben. Es geht um die Frage der Erhöhung der Wochenarbeitszeit für Beamte. Die CDU-Fraktion fordert mindestens 40 Stunden. Gleichzeitig fordert sie die Anpassung der Arbeitszeit für Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst an die Beamtenarbeitszeiten.

Sicher ist das eine interessante Diskussion. Wir haben in unserer Düsseldorfer Erklärung ein Signal zum Thema Doppelhaushalt 2004/2005 gegeben. Wir werden darüber diskutieren, die Wochenarbeitszeit zu erhöhen. Inwieweit die von der CDU-Fraktion geforderte gleichzeitige Entwicklung differenzierter Arbeitszeitmodelle, wie sie im Text auch enthalten ist, zu Einsparungen führt, und zwar auch noch für den Haushalt 2003, erschließt sich mir nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Meine Damen und Herren, das sind nur wenige Beispiele - ich kann mich an dieser Stelle gar nicht mit allen auseinander setzen -, die klar machen, dass die lockere Forderung, wir sollten im laufenden Haushaltsjahr 1,9 Milliarden € einsparen, so nicht zu realisieren ist.

Deshalb steht die SPD-Fraktion zu ihrer Verantwortung, steuerbedingte Mindereinnahmen durch eine Erhöhung der Neuverschuldung auszugleichen. Das fällt uns nicht leicht, weil wir andere Konsolidierungsziele im Auge hatten. Aber angesichts der konjunkturellen Entwicklung und auch angesichts unserer Verantwortung gegenüber den Menschen, die hier in diesem Lande ihren Arbeitsplatz haben oder in Projekten und Institutionen tätig sind, ist zurzeit kein anderer Weg gangbar. Deshalb unterstützen wir den von der Landesregierung eingebrachten Nachtragshaushalt und werden ihn auch so verabschieden wollen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Walsken. - Für die CDU erteile ich jetzt Herrn Diegel das Wort.

Helmut Diegel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Nachtragshaushalt 2003 ist ein erschreckendes Beispiel für die Situation des Landes. Diese Situation ruft uns alle wach und sollte hier eigentlich mehr Akzeptanz und Teilnahme finden als auf den Bänken des Parlaments, aber auch der Landesregierung zu sehen ist. Insofern hoffe ich, dass wir mit dem Finanzminister zwar den richtigen Ansprechpartner haben, aber vielleicht auch noch einmal bei der übrigen Landesregierung Gehör finden, damit wir dieses Thema mit allen Mitgliedern des Kabinetts beraten können.

Der Nachtragshaushalt 2003 muss in die allgemeine Haushaltslage und in die Finanzpolitik von Bund und Land eingeordnet werden. Gerade im Hinblick auf die Ursachen für die dramatische Haushaltsentwicklung des Landes besteht ein sehr enger Zusammenhang zwischen Wirtschaftspolitik, Arbeitsmarktpolitik und Sozialpolitik, die sowohl im Bund als auch in diesem Land von rot-grünen Regierungen gestaltet werden. Insofern räume ich ein, dass die Haushaltslöcher dieses Landes ihre Ursachen nicht nur - aber sicherlich auch - in den Fehlern der Haushalts- und Finanzpolitik dieser Landesregierung haben, sondern aus unserer Sicht auch in der orientierungslosen Gesamtpolitik von Rot-Grün in Berlin.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Edith Müller [GRÜNE])

- Frau Kollegin Müller, Sie können auch nichts daran ändern, dass die Situation so ist, wie sie ist.

(Edith Müller [GRÜNE]: Tue ich gar nicht!)

Die Kassen sind leer, die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Investitionen gehen runter, und die Schulden werden unter Ihrer politischen Verantwortung vermehrt. Das ist die Situation in diesem Lande.

(Gisela Walsken [SPD]: Ihre Vorschläge dazu sind unseriös!)

Wenn wir von der gesamtpolitischen Lage ausgehen, müssen wir schon betrachten, mit welchem Beitrag wir uns hier beschäftigen. Dort sind der Impuls und die Aktivität des Landes gefragt. Herr Dieckmann, ich spreche Sie einmal persönlich an. Wir warten auf die Impulse des Landes Nordrhein-Westfalen, z. B. im Bundesrat. Wir sind sehr gespannt, ob den Ankündigungen des Ministerpräsidenten auch Taten folgen.

Wir stellen allerdings fest, dass sich die Landesregierungen unter Wolfgang Clement und jetzt unter Peer Steinbrück nur in einem einzigen Punkt als Spitze erwiesen haben, nämlich in Versprechungen und vor allen Dingen in dem Erfinden von Leuchtturmprojekten. Meine Damen und Herren von der Landesregierung, Sie wollten den Bürgerinnen und Bürgern vorgaukeln, Nordrhein-Westfalen sei auf einem guten Weg. Das haben wir immer wieder wortwörtlich gehört. Inzwischen steht aber fest, dass bei allen Leuchttürmen in diesem Lande die Lichter ausgegangen sind. Die Leuchtturmwärter Clement und Steinbrück haben nichts als Bauruinen hinterlassen. Olympia findet an Rhein und Ruhr nicht statt, und den Metrorapid wird es auch nicht geben.

Das Hauptproblem der rot-grünen Leuchtturmpolitik war und ist: Die Landesregierung hat die notwendigen Strukturreformen jahrelang verhindert und stattdessen auf Brot und Spiele gesetzt. Sie hat sich auch nicht ihrer Verantwortung gestellt, sondern ganz im Gegenteil im Stil von David Copperfield Illusionen erzeugt. Das ist wenig hilfreich für dieses Land.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU - Zuruf von der SPD: Immerhin ein Meister seines Fachs!)

Spätestens mit dem Nachtragshaushalt 2003 ist klar: Die Zeit für Illusionen ist vorbei, und die Regierung sowie die Regierungskoalition müssen sich den Realitäten stellen, die sie selbst wesentlich mit verursacht, auf jeden Fall aber zu verantworten haben.

Diese Realitäten sind: Das Land hat jeglichen politischen Gestaltungsspielraum verloren. Die Schuldenlast steigt im Rekordtempo weiter an. Das Land gibt inzwischen mehr Geld für Zinsen als für Investitionen aus. Die im Nachtragshaus-

halt veranschlagte Verschuldung liegt um fast 2 Milliarden € höher als im originären Haushalt 2003 vorgesehen.

Und für die Öffentlichkeit, für die Besucherinnen und Besucher ist wichtig: Die darin enthaltenen Luftbuchungen sind noch nicht einmal korrigiert. Innerhalb von gut zwei Jahren - auch eine wichtige Botschaft für die Öffentlichkeit - ist der Schuldenstand des Landes um 14,5 Milliarden € angestiegen. Was bedeutet das? - Es bedeutet, dass die Höhe der Schulden, die Nordrhein-Westfalen in diesen zwei Jahren gemacht hat, fast 20 % der Höhe der Schulden beträgt, die das Land in den vergangenen 50 Jahren aufgenommen hatte, Herr Finanzminister. Übrigens haben auch Sie - damals waren Sie noch nicht Mitglied der Landesregierung in Ihrer jetzigen Funktion - sowie insbesondere diese Koalitionsfraktionen maßgeblich daran mitgewirkt.

Wir mahnen es an: Kommen Sie zur finanzpolitischen Vernunft. Wagen Sie endlich den Einstieg in strukturelle Veränderungen. Machen Sie hier Vorschläge. Dann sind wir gerne bereit, mit Ihnen aktiv an diesen Problemen zu arbeiten. So, wie die Politik hier jetzt angelegt ist, wird die Zukunft nachfolgender Generationen in rasantem Tempo verspielt.

Es reicht nicht aus, hier "Weiter so" zu erklären, und es reicht längst nicht, das "Weiter so" durch ein rhetorisches "Wir brauchen Veränderungen" zu ersetzen. Wenn Sie Veränderungen wollen, dann konkretisieren Sie das hier. Geben Sie uns die entsprechenden Vorlagen. Die Landesregierung ist gefordert. Das Land braucht keine Rhetorik, sondern entschlossenes Handeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie schlimm und dramatisch die Situation in der Zwischenzeit ist, haben die Beratungen des Nachtragshaushalts im zuständigen Haushalts- und Finanzausschuss gezeigt. Wir haben feststellen müssen, dass die Koalitionsfraktionen selbst bei kleineren Summen keine Kraft mehr zum Handeln hatten.

Das zeigt sich z. B. daran, wie die Neuverschuldung im Haushalt angelegt ist. Durch die derzeit sehr günstigen Kreditmarktzinsen - wurde offenbar - wird das Land wahrscheinlich etwa 65 Millionen € oder vielleicht sogar 80 Millionen € weniger für Zinszahlungen benötigen.

Wir haben deshalb vorgeschlagen, diese Summe zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung einzusetzen. Ich denke, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist doch auch Ihre Absicht, wenn Sie die nachhaltige Finanzpolitik Ihres Ministerpräsidenten und Finanzministers unterstützen. Nur zu un-

serem Erstaunen mussten wir feststellen, dass die Koalitionsfraktionen dazu nicht bereit waren.

Stattdessen wurde vorgeschlagen, die globale Minderausgabe um 65 Millionen € zu reduzieren. Das verstehen wir nicht unter strukturellen Veränderungen.

(Beifall bei der CDU und von Angela Freimuth [FDP])

Das verstehen wir nicht unter nachhaltiger Finanzpolitik.

An diesem Beispiel - ich könnte noch weitere nennen - zeigt sich, wie unsolid der gesamte Haushalt hier angelegt ist. Die Regierung glaubt offenbar selbst nicht, dass sie die veranschlagten globalen Minderausgaben im Haushaltsvollzug erwirtschaften kann. Die globalen Minderausgaben sind fast deckungsgleich mit derjenigen Summe, für die die Landesregierung zum Jahresende offenbar auf Restkreditermächtigungen aus Vorjahren zurückgreifen will. Genauer gesagt: Die Regierung glaubt selbst nicht, dass sie einen tatsächlich ausgeglichenen Haushalt vorlegen kann.

Es gibt weitere Beispiele. Ich will sie jetzt nur stichpunktartig nennen: Da ist erstens die Luftbuchung der 100 Millionen € der LEG. Ich mache hier den Vorwurf: Es ist eine Luftbuchung. Wir wissen, dass die 100 Millionen € nur zu erzielen gewesen wären, wenn der Käufer, der Interessent die WestLB gewesen wäre. Die WestLB hat abgewunken. Das heißt, Ihnen ist der Käufer abhanden gekommen.

Wir wissen zweitens zu diesem Thema, dass man, will man die LEG veräußern, ein Wertgutachten braucht. Jetzt lasse ich die ganzen diffizilen Probleme weg. Aber es steht fest, dass gar kein Wertgutachten gemacht werden soll. Mit anderen Worten: Man hat das Veräußerungsvorhaben längst aufgegeben. Das heißt, die 100 Millionen € sind eine klassische Luftbuchung. Sie sind bisher nicht korrigiert.

Insofern werfe ich Ihnen vor, Herr Finanzminister: In diesem Punkt ist der Nachtragshaushalt nicht gedeckt. In diesem Punkt haben Sie einen nicht etatreifen Haushalt vorgelegt. Dies ist mit den Stimmen der Oppositionsfraktionen hier in diesem Hause nicht zu machen.

Für den Landeshaushalt heißt das: Herr Dieckmann, wenn Sie die Kraft dazu haben, können Sie die Korrektur noch vornehmen. Andernfalls - das möchte ich hier ganz deutlich sagen - verstößt diese Landesregierung beim Punkt LEG eklatant gegen die Vorgaben der Verfassung.

Es gibt weitere Problemfelder; ich zitiere sie nur: Es ging um die Reparatur der fehlenden Dividendenzahlung von 18 Millionen €, die auch nur aufgrund der Deckung der ersparten Zinsen finanziert wurde. Hinzu kommt z. B. die Problematik der Parkkralle. Der Ministerpräsident hat groß versprochen, sie für Kfz-Steuer-Sünder möglicherweise einzuführen oder ähnliche Maßnahmen einzubringen. Das wurde auch nicht umgesetzt. Hier stehen 20 Millionen € im Raum. Und die Kfz-Steuer-Sünder haben nichts, aber auch gar nichts zu befürchten.

Wir wissen, dass uns die Fonds - die haben wir im Haushalts- und Finanzausschuss besprochen - bisher in Bezug auf die absoluten Zahlen nicht einmal genannt werden konnten. Sprich: Das Finanzministerium konnte uns nicht erläutern, wie viel Millionen Euro eigentlich in diesen Fonds enthalten sind.

Wir haben darüber hinaus die Problematik gehabt und sie hier auch ausdrücklich kritisiert, wie sich hier über Nacht durch die Zerlegungseffekte und vor allem durch den Länderfinanzausgleich Veränderungen in Höhe von 500 Millionen € ergeben haben.

Meine Damen und Herren, die Konsequenz der Landesregierung war und ist folgerichtig. Der Nachtragshaushalt 2003 soll im verfassungsrechtlichen Ausnahmezustand verabschiedet werden. Das machen wir hier nicht mit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Die Höchstgrenze für Kreditaufnahmen soll wegen der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts in diesem Jahr außer Kraft gesetzt werden. Selbst wenn man annimmt, dass das alles korrekt ist, möchte ich zumindest einmal die Frage in den Raum stellen: Wer hat denn hier über die verfehlte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik die Konjunktur völlig abgewürgt? - Das waren Sie selbst. Und jetzt die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu erklären und damit zu suggerieren, die öffentliche Hand kommt mit dem Geld nicht mehr aus - das ist nicht die Schuld des Bürgers. Das liegt in Ihrer politischen Verantwortung.

In 2004 wird der Landeshaushalt erneut 3 Milliarden € weniger an Einnahmen zur Verfügung haben als noch bei der Steuerschätzung im Mai letzten Jahres. Ein verfassungskonformer Haushalt 2004 scheint schon jetzt nicht mehr ernsthaft angestrebt zu sein. Er wird ähnlich wie 2003 wieder im verfassungsrechtlichen Ausnahmezustand diskutiert werden müssen.

Schade, dass Herr Steinbrück nicht da ist. Schade, dass der ehemalige Finanzminister nicht mehr hier ist. Denn er kann sich sicherlich noch gut an die Debattenlage im Juni 2002 erinnern. Damals haben wir uns sehr ausführlich mit dem Haushalt 2002 beschäftigt. Wir haben ihm gesagt: Mit dem Haushalt 2002 kann er schon kein Rennpferd mehr satteln, sondern im Höchstfall noch einen alten Klappergaul. Damals hat sich Herr Steinbrück in scharfer Form mit allen Mitteln gegen einen solchen Vergleich gewehrt.

Meine Damen und Herren, heute muss er selbst feststellen, dass er selbst diesen Klappergaul inzwischen tot geritten hat.

Manch einer hier in diesem Parlament - ich kann es möglicherweise aufseiten der Koalitionsfraktionen noch eher verstehen und sicherlich auch und gerade in der SPD - fühlt sich in den letzten Wochen beim Agieren des Ministerpräsidenten sehr an den legendären Ritter von der traurigen Gestalt erinnert.

Unser Fazit: Der Haushalt 2003 weist inzwischen die höchste Neuverschuldung aller Zeiten aus. Angesichts von Luftbuchungen ist damit zu rechnen, dass selbst die im Haushalt veranschlagte Neuverschuldung von 5,7 Milliarden € noch überschritten wird.

Das Land wird bereits 2004 mehr als 100 Mrd. Euro Schulden machen. Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen ist nicht nur in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, sondern auch in der Haushalts- und Finanzpolitik am Ende.

Die Zeit für Leuchttürme ist vorbei, aber Rot-Grün hat keine Lösungen. Ohne einen radikalen Politikwechsel gehen in Nordrhein-Westfalen bald auch alle anderen Lichter aus.

Statt die Herausforderungen für die Zukunft entschlossen anzugehen, hat sich der Ministerpräsident in einer selbst verantworteten Koalitionskrise hoffnungslos verheddert.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, Sie gehen alle mit uns konform: Es ist Zeit für einen politischen Neuanfang in Nordrhein-Westfalen!

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Diegel. - Für die FDP spricht jetzt Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich war erstaunt, Helmut Diegel so ruhig und

besonnen zu erleben. So kennt man ihn an dieser Stelle gar nicht, aber das macht eigentlich umso mehr deutlich, wie traurig die Situation hier ist.

Es ist wirklich eine Situation erreicht, deren Perspektive für das Land Nordrhein-Westfalen und die Menschen, die hier leben, einen wirklich nur noch betroffen machen und angesichts dessen, was uns in diesem Nachtragshaushalt wieder einmal vorgelegt wurde, nur noch Fassungslosigkeit auslösen kann. Denn wir können an der Politik von SPD und Grünen erkennen, dass keinerlei Bereitschaft in diesem Land besteht, die dringend notwendigen strukturellen Veränderungen tatsächlich anzugehen.

Sie selber räumen ein, dass wir im Land Nordrhein-Westfalen große Probleme haben und zu strukturellen Veränderungen kommen müssen. Das Einzige, was wir jedoch bekommen, ist die Ausflucht in die Anhebung der Nettoneuverschuldung.

Wir haben in der Vergangenheit in diesem Hause so oft über Nachhaltigkeit gesprochen. Auch bei der Einbringung des Nachtragshaushalts wurde die Nachhaltigkeit mehrfach angeführt. Es wurden der ehemalige Finanzminister und jetzige Ministerpräsident zitiert, der Nachhaltigkeit zu einem Leitgedanken seiner Haushaltsreden gemacht hatte. Insofern waren wir in diesem Hause in weiten Teilen auf einer Linie. Aber was ist davon übrig geblieben? Nichts ist mit Nachhaltigkeit - Pustekuchen!

Der Knaller überhaupt ist: Als in den Beratungen des Nachtragshaushaltes entdeckt wird, dass man aufgrund von Zinseinsparungen immerhin 65 bis 80 Millionen € weniger für Zinsen ausgeben muss, als das gegenwärtig veranschlagt ist, haben diejenigen Fraktionen, die vorher ganz groß von Nachhaltigkeit gesprochen haben - ich denke da z. B. an die Kollegin der Grünen, die damals sagte, ihr bleibe der Begriff Nachhaltigkeit im Halse stecken, weil wir so ohnmächtig seien, dass wir keine nachhaltige Politik betreiben könnten - nicht einmal die Kraft aufgebracht, diese 65 Millionen €, auch wenn mit dem Betrag wirklich nicht die Welt gerettet werden kann, in die Reduzierung des Ansatzes der Nettoneuverschuldung zu stecken. Stattdessen will man lieber die globale Minderausgabe senken und damit die Notwendigkeit für die Landesregierung, die Mittel einzusparen, deutlich herabsetzen.

Es ist von der Logik her nicht nachzuvollziehen, was es mit nachhaltiger Finanz- und Haushaltspolitik zu tun hat, wenn man es unterlässt, die Nettoneuverschuldung zu reduzieren und sei es auch

nur um diese 65 Millionen €. Stattdessen geht man lieber den bequemen Weg, damit die Resorts nicht das einsparen, was sie vorher selber noch bereit waren einzusparen und glaubten erwirtschaften zu können.

(Beifall bei der FDP und von Helmut Diegel [CDU])

Das hat mit Nachhaltigkeit wirklich nichts mehr zu tun, sondern ist Heuchelei.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Wo war noch Ihr Konzept, Frau Kollegin?)

- Herr Groth, dieses Konzept werden wir Ihnen zu gegebener Zeit gerne detailliert vorstellen, aber ich finde es an dieser Stelle viel notwendiger, über Ihre eigene Konzeptionslosigkeit zu sprechen. Sie haben hier die Regierungsverantwortung bzw. Sie tragen die Landesregierung. Wer weiß, was daraus noch wird, denn im Augenblick haben wir bewegte Zeiten.

Meine Damen und Herren, ich möchte gerne von Ihnen ein Sanierungskonzept sehen. Sie haben bislang kein Konzept vorgelegt, wie man die strukturellen Reformen in Nordrhein-Westfalen auf den Weg bringen kann. Das finde ich nicht akzeptabel.

Sie haben - Kollege Diegel hat gerade schon darauf hingewiesen - eine dramatische Bilanz vorzulegen. Wir werden im nächsten Jahr 100 Milliarden € an Schulden erreichen. Das ist mehr als das Doppelte unseres jährlichen Budgets, mehr als das Doppelte, was wir im Jahr in diesem Land Nordrhein-Westfalen ausgeben. Wir werden eine Steigerung der Zinsausgaben haben, weil Sie in den letzten Jahren die großen Versprechungen, die Nettoneuverschuldung jährlich um eine Milliarde € zu reduzieren, nicht eingehalten haben. 1995 waren Ihre Pläne noch wesentlich ehrgeiziger als in der Koalitionsvereinbarung aus dem Jahre 2000. Mittlerweile wird davon schon nicht mehr geredet.

An diesen „Erfolgen“ oder besser: an diesem Misserfolg werden Sie messen. Da haben Sie schlicht und ergreifend nicht einmal im Ansatz Ihre eigenen Maßstäbe erfüllen können. Es hat immer wieder kraftvolle Versprechungen gegeben nach dem Motto: Liebe Bürgerinnen und Bürger, wir werden es schon alles richten. - Nichts ist gerichtet bzw. alles ist zugrunde gerichtet.

Mit einer absolut verfehlten Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, mit groben Fehlern in der Sozialpolitik in Berlin, aber auch hier in Düsseldorf, haben Sie es in keiner Weise geschafft, für Nordrhein-Westfalen Wachstumsimpulse zu geben, ein Klima zu schaffen, dass Menschen hier wieder in-

vestieren. Nein, Sie begeben sich irgendwo in diese Scheinzufriedenheit hinein nach dem Motto: Es könnte alles noch viel schlimmer kommen.

Ich finde es unerträglich, dass wir im Lande Nordrhein-Westfalen 915.000 Arbeitslose haben. Ich finde das empörend. Ich finde es ebenfalls empörend, dass wir damit bundesweit den Schluss der Kette bilden. Wir sind in allen Bereichen unterdurchschnittlich, nur nicht bei der Verschuldung. Es ist katastrophal, was Sie hier vorgelegt haben.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Und ich finde es auch katastrophal, wie Sie Ihre Position zum Vorziehen der Steuerreform begründen. Das wird in Berlin ausnahmsweise einmal richtig gemacht, um Wachstumsimpulse zu setzen, damit wir in Deutschland wieder mehr Investitionen und mehr Beschäftigung bekommen. Damit werden wir eine mittelfristig bessere Einnahmesituation, auch für Nordrhein-Westfalen, verzeichnen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich kann wirklich nicht nachvollziehen, wie Sie diese Chance für die Menschen in diesem Lande einfach verstreichen lassen wollen, wie Sie stattdessen mit kurzfristigen fiskalischen Überlegungen an die Sache herangehen.

(Zuruf von Edith Müller [GRÜNE])

Sie haben nach wie vor nicht den Mut, an die Steinkohlesubventionen heranzugehen. Nach wie vor fehlt Ihnen dazu der Mut oder die Kraft.

Meine Damen und Herren, es kann einfach nicht generationenverträglich sein, dass wir die Neuverschuldung in dieser Art und Weise steigern, dass wir damit nachfolgende Generationen mit Zinsen belasten, dass wir ihnen Gestaltungsspielräume nehmen. Dass wir selber keine Gestaltungsspielräume mehr haben, ist schon schlimm genug; aber dass wir nachfolgenden Generationen die Gestaltungsspielräume rauben, ist unerträglich. Aus diesem Grunde werden wir diesem konzeptionslosen Nachtragshaushalt nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Freimuth. – Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Kollegin Müller das Wort.

Edith Müller (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beraten in zweiter Lesung den Nachtrag. Wir haben uns im Haushalts- und Finanzausschuss darüber verständigt und die Be-

richterstattegespräche geführt. Es ist festzustellen, dass es keine wesentlichen Veränderungen der Fakten, aber – das muss man konstatieren – auch keine wesentlichen Veränderungen der Einsichten gibt.

Mit dem Nachtragshaushalt begeben wir uns in eine weitere Neuverschuldung von 1,9 Milliarden €, sodass die Neuverschuldung im Jahre 2003 auf insgesamt 5,7 Milliarden € steigt. Das ist die höchste Neuverschuldung, die es je in Nordrhein-Westfalen gegeben hat. Die Zahlen sind wirklich nicht schönzureden; meine Vorrednerinnen und Vorredner haben ja auch schon darauf Bezug genommen.

Auch die Zahlen der Gesamtverschuldung sind nicht schönzureden. Wir nähern uns der 100-Milliarden-€-Grenze. Das ist wirklich dramatisch. Ich nenne die Zahlen, weil ich will, dass wir alle in diesem Hause die Dimension unserer Haushaltslage erkennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Zahlen des Nachtragshaushaltes und das Wissen darum, dass wir in den Haushaltsberatungen für das nächste Jahr bei einem Kernhaushalt von rund 48 Milliarden € weitere 2 Milliarden € konsolidieren müssen, plus weiteren 1,7 Milliarden € Mindereinnahmen durch das Vorziehen der Steuerreform, machen mir große Sorgen. Ich möchte, dass diese Sorgen in diesem Hause geteilt werden.

Wenn ich heute in der Zeitung lese, dass das DIW seine Wachstumsprognose für 2003 noch weiter nach unten korrigiert, dann wissen wir, was noch auf uns zukommt. Das raubt mir mehr als nur den Schlaf.

Wir stehen meines Erachtens haushalts- und finanzpolitisch vor Herausforderungen, die einmalig sind. Deshalb war es völlig richtig, dass der Finanzminister mit der Vorlage des Nachtragshaushaltes die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes erklärt hat. Wir haben die schwächste wirtschaftliche Phase, die es je in Deutschland gegeben hat. Auch das möchte ich wiederholen, weil es sich leicht über Milliarden sprechen lässt, aber sie müssen erwirtschaftet werden.

Wenn alle Prognosen sagen, wie z. B. das "Handelsblatt" titelte: "Die Konjunkturgesetze sind außer Kraft. Das klassische Muster von Auf- und Abschwung gilt derzeit nicht mehr", dann zeigt das, dass wir wirklich in einer sehr, sehr schwierigen Situation sind. Ob es nun das Nachbeben der größten Spekulationsblase der Wirtschaftsge-

schichte ist, ob es die Konsequenzen aus dem 11. September sind oder ob es die kurz-, mittel- und langfristigen Belastungsfaktoren sind, die das Wachstum bremsen und die Vertrauenskrise verstärken, für mich steht fest - und ich zitiere erneut einen Experten -: Was wir erleben, ist historisch sehr ungewöhnlich. Die Wirtschaftskrise und die Vertrauenskrise verlangen von uns, das richtige Signal in die Wirtschaft und in die Gesellschaft zu senden.

Ich finde, meine Damen und Herren, das hat die Bundesregierung mit ihrem Beschluss vom Sonntag, die Steuerreform vorzuziehen, getan. Wir haben jetzt keine Zeit für ideologische Grabenkämpfe. Es bedarf - und das richtet sich dezidiert an die Opposition - einer gesamtstaatlichen Kraftanstrengung. Deswegen begrüße ich auch, dass die CDU/CSU im Bund grünes Licht für das Vorziehen der Steuerreform gegeben hat. Aber - auch das will ich nicht verschweigen - es muss uns allen im Land, auch der Opposition, ganz klar sein, dass das nicht ohne weitere Neuverschuldung der Länder zu haben sein wird - nach Lage der Dinge, wie der Ministerpräsident zu sagen pflegt. Ich betone: Das muss auch der Opposition klar sein.

Dennoch ist und bleibt richtig: Wir im Lande müssen natürlich unsere Hausaufgaben machen. Wir müssen den Haushalt entschlacken. Wir müssen ihn auf eine neue, effiziente, nachhaltige Grundlage stellen. Darauf haben sich die Koalitionsfraktionen verständigt. Das Düsseldorfer Signal ist der Entschluss, grundlegende Strukturreformen vorzunehmen.

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE])

Deshalb, meine Damen und Herren, läuft auch der Entschließungsantrag der CDU-Fraktion absolut ins Leere. Ich will nur einige Beispiele nennen.

Sie fordern uns in dem Entschließungsantrag auf, die Verwaltungsmodernisierung vorzunehmen. Wir haben beschlossen: Wir werden drei statt fünf Regierungspräsidien haben und alles daran setzen, das so schnell wie möglich umzusetzen.

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, haben uns aufgefordert, die Subventionen für die Steinkohle bis 2012 zu halbieren. Wir, meine Damen und Herren, machen sogar mehr. Wie Sie wissen: 55 %.

Sie fordern uns auf, dafür zu sorgen, dass die Beschäftigten einen Konsolidierungsbeitrag für den Haushalt leisten. Wir, meine Damen und Herren, haben im Düsseldorfer Signal die Einführung der

41-Stunden-Woche beschlossen, gestaffelt. Wir errichten einen Pensionsstock.

Alles, was Sie in Ihrer EntschlieÙung fordern, realisieren wir! Von daher läuft das wirklich ins Leere. Sie müssen neu nachdenken, wenn Sie uns herausfordern wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will an dieser Stelle nicht verhehlen, dass ich große Sympathie für das, was im Düsseldorfer Signal steht, hege, nämlich dass die Bezüge der Ministerinnen und Minister auf dem Niveau von 2002 eingefroren werden. Ich wünsche mir - und diesen Appell richte ich wirklich an alle Kolleginnen und Kollegen -, dass wir dem auch nachkommen. Wir können draußen nicht immer dafür eintreten, den Gürtel enger zu schnallen, und alle möglichen Kürzungen propagieren und vornehmen, wenn wir uns nicht an die eigene Nase fassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb würde ich mir wünschen, dass auch wir die Diäten auf dem Niveau von 2002 einfrieren.

Es ist eine sehr schwierige Zeit. Die Haushaltspolitik ist wahrlich nicht vergnügungssteuerpflichtig. Aber wenn wir nicht nur die Buchhalter und Buchhalterinnen der Nation sein wollen, dann müssen wir jetzt - und darauf lege ich Wert - nicht nur den Nachtragshaushalt beschließen, sondern wir müssen viel mehr tun.

(Zuruf von der CDU: Das kann doch nicht wahr sein! - Weitere Zurufe von der CDU)

Wir müssen, meine Damen und Herren, alle Register ziehen, die uns zur Verfügung stehen.

Wir gehen mit dem Nachtragshaushalt in eine höhere Verschuldung, weil wir einen fiskalischen Impuls setzen wollen. Selbstverständlich gibt es keinen Nachweis dafür, dass das funktioniert. Trotzdem müssen und werden wir es tun. Wir geben mit dem Vorziehen der Steuerreform der Wirtschaft und den Menschen in unserem Land den Impuls, jetzt die Ärmel aufzukrempeln und daraus ihre Chance zu machen. Wir geben mit dem Düsseldorfer Signal nicht nur einen Impuls, sondern die Gewissheit, dass wir das Land ökologisch und sozial modernisieren und den Landeshaushalt in seiner Struktur so verändern, dass wir auch noch nach 2005 wirkungsvoll Politik gestalten können. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Müller. - Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Dieckmann das Wort.

Jochen Dieckmann, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die zweite Lesung eines Haushaltsentwurfs führt einen in Versuchung, wesentliche Aussagen der ersten Lesung zu wiederholen. In dieser Situation befinde ich mich jetzt auch, weil offensichtlich einiges von dem, was man zu erklären versucht hat, in den Oppositionsfraktionen nicht angekommen ist.

Meine Damen und Herren, wir haben es nicht nur mit einem Problem auf der Ausgabenseite zu tun, sondern die Probleme auf der Einnahmenseite nehmen zu. Meine Damen und Herren von der Opposition, insbesondere Herr Diegel: Auch die CDU-Landtagsfraktion hat sich an dem Abbau von Ausgaben nicht wirklich beteiligt. Wo ist denn von Ihnen einmal ein nennenswerter Vorschlag gekommen, unsere Hauptlast, die Personalausgaben, zu reduzieren?

(Zuruf von der CDU: Was?)

Wo kommt von Ihnen ein namhafter Beitrag, die mehr als 41 % zu reduzieren, die wir an Personalausgaben haben? Wo ist denn Ihr Antrag, einen Polizisten weniger zu beschäftigen? Habe ich von Ihnen jemals gehört, dass die Justiz weniger Personal haben soll? Wollen Sie weniger Lehrer oder nicht, wie wir, mehr Lehrer? Wollen Sie weniger Lehrkräfte an den Universitäten? Oder treten Sie gar - Herr Diegel, das wäre ganz neu - für weniger Finanzbeamte ein?

(Zuruf von Bernhard Schemmer [CDU])

- Lieber Herr Schemmer, die Bereiche, die ich jetzt mit Bedacht aufgezählt habe, machen sage und schreibe 93 % unserer Personalausgaben aus. Wer also fordert, Personalausgaben zu senken, der muss einen ernstzunehmenden und realistischen Vorschlag unterbreiten, in einem der fünf von mir genannten Bereiche tätig zu werden. Da kann ich, was die CDU, aber auch die FDP angeht, bisher nur Fehlanzeige feststellen.

(Zuruf von der CDU)

Wenn das anders sein sollte, können wir das ja hier diskutieren.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie beteiligten sich zudem geradezu wettbewerbsmäßig am Wettlauf um die Senkung der Staatseinnahmen, die FDP vorne weg. Der geht es mit dem Verzicht auf Staatseinnahmen gar nicht schnell genug. Gegenwärtig ist ein bayerischer Minister-

präsident dabei, alles zu behindern, was wir im Hinblick auf Korrekturen von Steuervergünstigungen und einen durchaus vernünftigen Einstieg in einen Subventionsabbau nur diskutieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da sind sozusagen Denkverbote über einen ganzen Freistaat mit Ausstrahlungen auf das gesamte Bundesgebiet verhängt.

Vizepräsident Jan Söffing: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Schemmer?

Jochen Dieckmann, Finanzminister: Von Herrn Schemmer gern.

Vizepräsident Jan Söffing: Herr Schemmer, bitte.

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Minister, Sie sprechen gerade Steuervergünstigungen an und meinen damit - so denke ich - auch die Eigenheimzulage. Nun ist diese reformbedürftig. Aber dann müsste man sie zunächst einmal dahin reformieren, wo sie einmal war. Warum sie geändert worden ist, wissen Sie selber auch.

Meine Frage dazu: Wenn wir die Eigenheimzulage abbauen und gleichzeitig wissen, dass sich die Zahl der im Bauhauptgewerbe Beschäftigten seit 1995 von 140.000 auf 70.000 halbiert hat, wie weit soll denn dann die Rückentwicklung der Zahl der Mitarbeiter in der Bauwirtschaft noch gehen?

Jochen Dieckmann, Finanzminister: Das ist ein typisches Beispiel dafür, Herr Schemmer, wie Sie Subventionsabbau diskutieren: Subventionsabbau nur nebenan, nur bei der Steinkohle und in keiner anderen Branche. So kann man nicht daran gehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe keine Neigung, mit Ihnen die Details der Eigenheimzulage zu diskutieren, bevor wir nicht auch andere Dinge diskutieren. Das wird in einem anderen Zusammenhang zu erörtern sein.

Mir geht es nur darum, dass es keinen ernstzunehmenden Vorschlag gibt, die Einnahmesituation aller öffentlichen Ebenen zu stabilisieren. Denn das, was wir hier erleben, erlebt der Bund genauso. Davon sind die Zeitungen voll. Inzwischen haben Sie in der Bundesführung der CDU eine bemerkenswerte Geschlossenheit erreicht, die über Tage absolut fehlte. Sie beteiligen sich jetzt an dieser Diskussion. Wir haben morgen noch An-

lass, das zu problematisieren. Sie haben ansonsten - bis in den zurückliegenden Bundestagswahlkampf hinein - noch viel weitergehende Vorschläge gemacht.

Das führt uns alle samt und sonders gerade in den Ländern mit den starken andauernden Lasten in große Schwierigkeiten. Fragen Sie doch einmal im Kreise meiner Finanzministerkollegen, die Ihrer Partei angehören, wie es da aussieht. Ich rede intensiv mit diesen und stelle fest: In Bayern strukturelle Probleme, in Hessen dramatische Probleme, von den neuen Ländern ganz zu schweigen. Man kann die Länder einzeln durchdeklinieren. Deshalb wird sich der Finanzplanungsrat, Herr Diegel, der gleich seine Sitzung in Berlin beginnt, in ähnlicher Form äußern, wie ich das getan habe. Wir müssen das Ganze sehen und dürfen uns nicht in Schuldzuweisungen ergehen.

(Zuruf von Helmut Diegel [CDU])

Eines ist zutreffend - da sind wir beieinander, Herr Diegel -: Der Gestaltungsspielraum ist eng, wenn es überhaupt noch einen gibt. Das ist aber, wie ich gesagt habe und was sich leicht nachvollziehen lässt, in allen Ländern so.

Wir haben unseren Beitrag für neue Impulse beschlossen. Das Düsseldorfer Signal hat die Kollegin Müller schon angesprochen. Ich glaube, dass hiermit wichtige Impulse für die Infrastruktur und auch für das Baugewerbe, Herr Schemmer, verbunden sind. Deshalb mein Rat und meine herzliche Bitte an die Opposition: Reden Sie es nicht herunter! Packen Sie mit an! Es geht um unser Land.

Vor diesem Hintergrund möchte ich einige Details aufgreifen, weil sich das so gehört und weil es mich auch reizt. Ich beginne bei der LEG, Herr Diegel. Es steht Ihnen frei, zur Jahresmitte zu sagen, das veranschlagte Geld käme nicht rein. Ich entgegne: Das ist nicht entschieden. Nicht an die WestLB ist gedacht worden, sondern an die Landesbank. Und die Landesbank wird die Gesellschaftsanteile wahrscheinlich nicht übernehmen. Aber der Ansatz im Haushaltsplan 2003 legt nicht fest, wer Erwerber ist.

Von daher wird die Landesregierung, die bisher die Festlegung auf die Landesbank vorgenommen hatte, zu überlegen haben, welche Folgerungen sie aus der Reaktion der Landesbank zieht.

Jetzt kommt die Parkkralle. Darauf warte ich nach Ihrem Auftritt in "Westpol" schon. Ich habe meinen Augen nicht getraut: Da steht der Volkstribun Diegel. Er stellt sich an die Spitze der großen Inquisition. Man kann fast sehen, wie ihm der Sechs-

kantschlüssel in der Hand Freude macht, wenn es darum geht, die säumigen Steuersünder am Weiterfahren zu hindern.

"Gemach, gemacht, Euer Ehren!", möchte ich Ihnen gerne zurufen. Es geht, wie Sie zutreffend sagen, um 27 Millionen €. Ich sehe das, obwohl ich eine juristische Grundausbildung habe, zunehmend wirtschaftlich, und das heißt: Bevor ich meine Außenbeamte hinter 27 Millionen € herschicke, schicke ich sie lieber zu denen, die ihre Umsatzsteuer und Einkommensteuer nicht zahlen. Da sind bis zu 1,1 Milliarden € zu holen. Wer ist denn hier derjenige, der wirtschaftlich mit den Personalressourcen umgeht?

(Helmut Diegel [CDU]: Das haben Sie doch verabredet, dass Sie das tun wollen!)

- Nein, es gibt fortgeschrittene Untersuchungen, wie wir dies ---

(Zuruf von Helmut Diegel [CDU])

- Langsam, langsam, jetzt habe ich an dem Thema Spaß. Das ist ein schönes Thema. Es geht darum, dass uns die Straßenverkehrsämter in Verbindung mit der Zulassung neuer oder der Ummeldung von Fahrzeugen helfen sicherzustellen, dass vorher die Steuern bezahlt sind. Dazu ist auf meine Veranlassung hin das Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden gesucht worden. In Berlin ist es ganz einfach, denn dort steht in Art. 1 der Landesverfassung: Berlin ist Stadt und Land zugleich.

Wir sind ein Flächenland mit 54 Kraftfahrzeugzulassungsstellen. Gehen Sie mal zu Ihren politischen Freunden von den kommunalen Spitzenverbänden und fragen Sie sie, warum das von ihnen mit so spitzen Fingern behandelt wird. Das Land hat das Angebot gemacht. Der Finanzminister und seine Mitarbeiter sind auf die kommunalen Spitzenverbände zugegangen, so wie das von uns erwartet wird.

Ich bin zuversichtlich, dass es Ihrem politischen Einfluss gelingt, bei den kommunalen Spitzenverbänden, die derzeit mehrheitlich von Ihrer Partei bestimmt werden, ein positives Echo zu erzeugen. Dann wird es auch gelingen, diese 27 Millionen € zu verringern. Bis dahin spielt die Parkkralle in Ihren Argumentationen die Rolle, die in der Bundespolitik gelegentlich der Jäger 90 einnimmt: Sie wird immer wieder als Deckungsvorschlag bemüht, obwohl wir alle wissen, dass es ertragreichere Felder gibt.

Herr Diegel, ich fand es gut, dass Sie heute die Platte mit den 500 Millionen € nur einmal kurz haben anklingen lassen und nicht durch alle Rillen

durchgefahren sind. Ich habe es Ihnen im Haushalts- und Finanzausschuss sehr schön erklären können. Aber dem Plenum, in dem Sie den Vorwurf letztes Mal breiter platziert haben, gebührt auch eine Antwort.

In meiner Pressekonferenz nach der Sitzung des Arbeitskreises Steuerschätzung habe ich deutlich gesagt: Wir haben Ausfälle in Höhe von 1,4 Milliarden €, und die werden einen Nachtragshaushalt erforderlich machen. Das war meine politische Ansage. Sie ist in den Medien auch zutreffend wiedergegeben worden.

Dann haben wir mit der Vorbereitung des Nachtragshaushaltes begonnen, haben alles aufgelistet, was da rein muss. Es hat sich ergeben, dass wir weitere 500 Millionen in den Länderfinanzausgleich einzahlen müssen und weitere Ausgaben in Höhe von über 120 Millionen auf uns zukommen.

Ich habe mich in der Pressekonferenz weder abschließend zu zusätzlichen Lasten aus dem Länderfinanzausgleich geäußert noch habe ich ausgeschlossen - die Konsequenz wäre, dass Sie mir die 126 Millionen € streitig machten -, dass 126 Millionen € für Wohngeld, BAföG und andere zusätzliche Leistungen anfallen.

(Helmut Diegel [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Herr Präsident.

Vizepräsident Jan Söffing: Bitte, Herr Diegel.

Helmut Diegel (CDU): Herzlichen Dank, Herr Präsident. Ich habe noch eine Nachfrage, weil dieser Sachverhalt der Aufklärung bedarf.

Weil Sie mich im Haushalts- und Finanzausschuss dazu aufgefordert haben, möchte ich den Beleg liefern. Ich habe Ihnen unterstellt, Sie hätten in Bezug auf die Zerlegungseffekte und den Ausgleich für den Länderfinanzausgleich eine Summe von 1,4 Milliarden € in Ansatz gebracht. Ich möchte Ihnen das Zitat bringen, auf das wir uns berufen. Es handelt sich um die offizielle Information des Finanzministeriums vom 21. Mai.

Ich stelle daher die Frage: In welchem Verhältnis stehen Ihre Äußerungen heute und in der Juni-Sitzung des Finanzausschusses zu dem Zitat vom 21. Mai, das da lautet:

"Für den Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen zeichnet sich ein Risiko von etwa 1,4 Milliarden € ab. Diese Summe berücksichtigt neben den direkten Auswirkungen der neuen Steuerschätzung die in dieser Höhe nicht erwarteten

Belastungen des Landes im Zerlegungsverfahren der Körperschaftsteuer und bei der Umsatzsteuerabrechnung."

Jochen Dieckmann, Finanzminister: Herr Abgeordneter Diegel, das liegt daran, dass es einen Unterschied gibt: Das sind einmal die unmittelbaren Zerlegungseffekte bei der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer. Davon zu trennen sind die mittelbaren Zerlegungseffekte auf den Länderfinanzausgleich. Das sind zwei verschiedene rechtliche Materien. Deren Unterschiede kennen Sie länger und wahrscheinlich auch besser als ich. Auf diese Fährte möchte ich Ihnen nicht folgen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mit abschließend das Thema "Zinseffekte" aufgreifen. Da verhält es sich so ähnlich wie mit Kralle und Jäger 90. Sie haben die verminderten Ausgaben für Zinsen angesprochen. Meine Damen und Herren, es gibt keinen Zusammenhang zwischen der bislang im Einzelplan 20 etatisierten globalen Minderausgabe von 64 Millionen € und der Minderausgabe von 126,2 Millionen €, wie sie im Nachtragsentwurf ausgebracht ist.

Die globale Minderausgabe von 64 Millionen € war Bestandteil des Haushaltes 2003, so wie wir ihn im Dezember des letzten Jahres verabschiedet haben. Unsere Konzeption war, diesen Beitrag durch Einsparungen der Ressorts in den gesetzlichen Bereichen, wie man so schön sagt, zu erbringen. Da sich das Zinsniveau günstiger als erwartet entwickelt hat, waren wir in der Lage, die Ressorts der Landesverwaltung von dieser zusätzlichen Verpflichtung zum Einsparen zu befreien.

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, hätten wir Ihren Vorschlag aufgegriffen, den Sie im Haushalts- und Finanzausschuss am 25. Juni gemacht haben, nämlich die Nettoneuverschuldung in Höhe dieser Zinsersparnis abzusenken, so würde die Einsparverpflichtung von 64 Millionen € dennoch unverändert im Raum stehen. Einen Vorschlag, wo wir denn sonst diese Einsparung von 64 Millionen € hätten erbringen können, sind Sie bislang schuldig geblieben. Eines geht nicht, meine Damen und Herren; deshalb die Erwähnung des "Jäger 90": Sie können die Ersparnis bei den Zinsausgaben nicht zweimal einsetzen, also zum einen zur Absenkung der Schuldenaufnahme und zum anderen zur Erwirtschaftung der Minderausgaben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Nachtragshaushalt ist ein schwieriges Kapitel. Wir haben uns ernsthaft bemüht, kurzfristige Einsparmöglichkeiten zu finden. Diese haben sich nicht ergeben. Ich habe sie aber auch aus den Äußerungen der Opposition im Verlauf der bisherigen Debatte nicht heraushören können. Deshalb ist es ohne Alternative, den vorgelegten Nachtrag mit den aufgrund der Ausschussberatungen vorgeschlagenen Änderungen so zu beschließen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister. - Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Schittges das Wort.

Winfried Schittges (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Trotz der knappen Zeit, Frau Müller, höre ich gern zu und antworte ich auch gern. Frau Müller, wenn Sie Ihre Einsichten und Sorgen vermitteln, habe ich immer den Eindruck, Sie kämen gerade frisch gekürt aus einem CDU-Seminar oder einer Arbeitskreissitzung der CDU; so vermitteln Sie uns Ihre Sorgen. Man hat wirklich nicht den Eindruck, dass Sie zu einer Fraktion gehören, die diese Regierung tragen soll, ganz im Gegenteil. Nachdem Sie dann einen Teil Ihrer Sorgen losgeworden sind, kommen Sie mit Solidaritätsappellen, so nach dem Prinzip, wir müssten alle einsichtig sein und irgendwann einmal das, was die Regierung uns auferlegt, dann auch verarbeiten und möglichst verzehren können. Frau Müller, Sie müssen jedoch Ursache und Wirkung einmal richtig sehen.

Fangen wir einmal beim Thema Kohle an. Es muss Ihnen wieder einmal durchgegangen sein, dass es dazu längst Beschlüsse unserer Fraktion gibt. Sie müssen völlig ignorieren, dass wir längst einen Antrag zum Pensionsfonds ins Plenum eingebracht haben. Das müssen Sie doch mitbekommen haben; er war sogar in den Arbeitskreisen und im Ausschuss und bezog sich auf die Finanzierung der 36 Millionen € für die 6.000 Neueinstellungen in den Folgejahren. All das haben wir gebracht.

Da Sie, Frau Müller, die Vorschläge zu dem Thema "Bezirksregierungen" aus den Düsseldorfer Beschlüssen als Neuerung zitieren, sage ich Ihnen: Das hieße wirklich, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben.

(Widerspruch von Edith Müller [GRÜNE])

- Verehrte Frau Müller, auch wenn Sie dazu nicht imstande sein wollen, brauchen Sie sich nur ein-

mal den Entschließungsantrag der CDU anzusehen. Darin steht alles, was jetzt Bestandteil der Düsseldorfer Beschlüsse ist. Hätten Sie also den Entschließungsantrag der CDU gelesen, so hätten Sie festgestellt, dass alles, was in der Düsseldorfer Erklärung steht, aus unserem Entschließungsantrag übernommen worden ist. Ich kann Ihnen dazu zahlreiche Beispiele nennen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, mit Blick auf den heute notwendigen Vortrag habe ich mir gestern die Düsseldorfer Erklärung einmal angesehen. Ich könnte Ihnen umfangreich darstellen - ich gehe davon aus, dass die parlamentarische Behandlung dies noch zeigen wird -, wes Geistes Kind diese Dinge sind, ob sie sich auf den Personalbereich oder auf andere Bereiche beziehen.

Herr Finanzminister, Sie müssen es doch erkennen: Diese Anträge sind in unserem Entschließungsantrag enthalten; wir haben eindeutig gesagt, wie wir zu diesen Dingen stehen.

Losgelöst von den Zahlen, die Herr Kollege Diegel genannt hat, sage ich Ihnen, was mich etwas trifft: Das, was jetzt als Beibehaltung des strikten Konnexitätsprinzips in der Düsseldorfer Erklärung steht, wäre längst realisiert worden, wenn Sie im Arbeitskreis und im kommunalpolitischen Ausschuss mitbekommen hätten, was wir dazu gesagt haben. Jetzt auf einmal beginnt die Diskussion: Jetzt packen wir es an! Ich bin einmal gespannt, wie es realisiert wird, insbesondere, nachdem Frau Walsken hinsichtlich der Personalwirtschaftung bereits gewisse Relativierungen zur Düsseldorfer Erklärung vorgenommen hat;

(Widerspruch von Gisela Walsken [SPD])

so habe ich es zumindest ihren Ausführungen entnommen.

Dann sage ich Ihnen einmal Folgendes, meine Damen und Herren - jetzt kehren die Kollegen wieder zurück; vielleicht wollte der eine oder andere durch das Verlassen des Plenums nur dem drohenden Konkurs entgehen, wofür ich volles Verständnis habe -: Es ist überhaupt keine Frage, der Konkurs ist da.

Was mich am meisten trifft - das ist eben noch nicht angesprochen worden -, ist die Diskussion in den Städten und Kreisen, denn dort gehen Ihnen mittlerweile die parlamentarischen Vertreter verloren. Wir haben das GFG in Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt zu sehen. Die Aussichtslosigkeit in den Städten und Kreisen, egal welcher Couleur, ist Ihnen völlig gleichgültig. Es wäre ein

vernünftiger Schritt gewesen, wenn in der Vergangenheit wenigstens auf diesem Gebiet auch aufgrund unserer Anträge konsequent gehandelt worden wäre, wenn Sie beispielsweise mit uns gemeinsam die Diskussion darum ertragen hätten, wie wir die Gewerbesteuerumlage wieder auf 20 % reduzieren; aber Sie sind diesen potenziell vernünftigen Schritt in der Vergangenheit nie mit uns gemeinsam gegangen.

Vizepräsident Jan Söffing: Ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen, Herr Kollege.

Winfried Schittges (CDU): Ja, Herr Präsident, ich weiß; ich habe mich auf eine freudige und unterhaltsame Rede eingelassen, viel engagierter, als ich das jetzt tun kann, aber angesichts der Kürze der Zeit ist das nicht möglich.

Ich freue mich, dass der Finanzminister den Humor noch nicht verloren hat. Wahrscheinlich hat er an die Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein gedacht, die vor wenigen Tagen, nach dem Befinden ihres Finanzministers befragt, geantwortet hat: "Der sitzt unter dem Schreibtisch und weint." Das kann in Nordrhein-Westfalen angesichts unserer schwierigen Haushaltslage nicht anders sein.

Ich kann nur unterstreichen, Herr Minister, was Sie immer gesagt haben: Den Weg, mit Ihnen gemeinsam zu sparen, gehen wir; aber Sie müssen die Vorschläge einbringen. Es wäre schon ein brauchbarer Weg, wenn Sie Ihre Düsseldorfer Erklärung selbst realisierten, die ich im Ansatz, Herr Moron, für einen brauchbaren Weg halte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Damit gingen wir endlich einmal einem Lösungsweg für die Haushaltslage Nordrhein-Westfalens entgegen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU - Johannes Remmel [GRÜNE]: Zustimmung bei der CDU!)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Schittges. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt noch einmal Frau Kollegin Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe gerade mit sehr großer Aufmerksamkeit gehört, dass hier die Vorschläge der Oppositionsfraktionen eingefordert wurden. Wir haben solche Vorschläge in den vergangenen drei Jahren regelmäßig gemacht.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Jetzt wollen Sie auch noch dabei sein!)

Wir haben sie regelmäßig gemacht, und sie sind von Ihnen pauschal abgeburstet worden, seien es Vorschläge für den Subventionsabbau, für den Bürokratieabbau, seien es Vorschläge für die Privatisierungsinitiativen. All dies haben wir hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen bereits eingefordert. Wir haben versucht, Sie dahin zu bringen. Bei jeder einzelnen Entscheidung, die wir hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen zu treffen hatten, haben wir diese strukturellen Veränderungen angemahnt.

Lassen Sie mich noch eine Sache in Bezug auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ergänzen:

Es ist Ihnen, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Landesregierung, in keiner Weise gelungen ist, ein perspektivisches Gesamtkonzept aufzuzeigen, das sozusagen als Sanierungskonzept für das Land Nordrhein-Westfalen in irgendeiner Form erkennbar und tauglich sein könnte. Dies verunsichert die Menschen an jeder Stelle, und zwar zu Recht. Sie fühlen sich wie ein beliebiger Spielball, je nachdem, wie es gerade passt.

Meine Damen und Herren, ich habe eine Beobachtung gemacht, sowohl was die Beschäftigten im öffentlichen Dienst als auch die Bürgerinnen und Bürger draußen angeht, nämlich dass alle zu Einsparungen und notwendigen Veränderungen bereit sind. Es muss jedoch ein Gesamtkonzept erkennbar sein. Stattdessen wird hier Flickschusterei betrieben. Wenn irgendwo ein Haushaltsloch auftaucht, springt man hin und hält das Eimerchen darunter, damit die Tropfen hineinfallen können, und an anderer Stelle fängt es wieder an zu tropfen. Nur wenn Sie ein schlüssiges Sanierungskonzept vorlegen, in dem verschiedene Maßnahmen ineinander greifen, meine Damen und Herren, bekommen Sie Akzeptanz nicht nur bei den hier im Landtag vertretenen Fraktionen, sondern auch bei den Menschen im Land.

Ich könnte eigentlich sehr zufrieden damit sein, dass Sie derzeit diese Akzeptanz nicht haben. Aber ich finde es notwendig, dass wir bei den strukturellen Veränderungen, die in Nordrhein-Westfalen und im Bund notwendig sind, die Menschen mitnehmen. Sie lassen jedoch bislang keinerlei Konzeption erkennen. Das ist der Vorwurf, den ich Ihnen nach wie vor mache. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Freimuth. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Kollege Groth das Wort.

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon interessant, wie jetzt um das Copyright gekämpft wird. Das Düsseldorf Signal haben die rot-grünen Koalitionsfraktionen in diesem Hause zu verantworten. Das hat die Regierung sozusagen mit verfasst. Wenn Sie beitreten wollen, dann ist das in Ordnung. Wir wollen Sie nicht ausgrenzen. Es sind ja vernünftige Ideen dort enthalten. Sie können gerne mitmachen. Aber geschrieben worden ist es von anderen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kreditierung heißt nicht, dass nicht abgerechnet wird, meine Damen und Herren. Es geht um die kommunalen Finanzen. Gerne würden wir alle den Kommunen mehr Geld geben, wenn es denn ginge. Es bleibt also die Frage zu beantworten, warum wir jetzt kreditieren, wenn doch abgerechnet werden muss. Im Grunde genommen handelt es sich nur um einen kurzfristigen Zinsvorteil.

Die derzeitige Situation der Kommunen im Lande ist schwierig. Lassen Sie mich hierzu fünf Daten nennen: 168 Kommunen im Haushaltssicherungsverfahren, davon 38 ohne genehmigtes Haushaltssicherungskonzept, also in der vorläufigen Haushaltsführung, Unterdeckungsquoten von bis zu 40 %; Altfehlbeträge kumulieren sich auf bisher unbekannte Größe, Kassenkredite von mehr als 4 Milliarden € sprechen eine eigene Sprache.

Wir alle wissen, dass die kommunale Steuerbasis weg gebrochen ist. Wir brauchen die Gemeinde-reform zum 1. Januar 2004. Meine Bitte geht an die Oppositionsfraktionen: Bilden Sie mit uns auch in dieser Frage eine Koalition der Vernunft. Die Bürgermeister in Nordrhein-Westfalen bilden diese Koalition der Vernunft schon. Auch die kommunalen Spitzenverbände tun es. Sie wollen jetzt eine reformierte Gewerbesteuer, eine kommunale Wirtschaftssteuer, die wieder verlässliche Einnahmen garantiert. Die Gewerbesteuer ist bundesweit von 29 Milliarden € auf nur noch 16 Milliarden € abgestürzt. Die Reformkommission wird auf ihrer morgigen letzten Sitzung kein einheitliches Votum abgeben. Bereits am Freitag werden die Koalitionsfraktionen Eckpunkte für eine Gemeindefinanzreform einbringen, woraus ein Gesetzentwurf entwickelt wird.

Ich schlage Ihnen vor: Lassen Sie uns das gemeinsam weiterentwickeln, die Eckpunkte diskutieren, verbessern und am Ende im Interesse der Kommunen des Landes durchsetzen.

In diesem Zusammenhang will ich zwei Punkte nennen, nämlich die Abschaffung der Organschaf-

ten oder zumindest die Erschwerung der Bildung von Organschaften und die sofortige Überprüfung und entsprechende Anpassung der Gewerbesteuerumlage. Lassen Sie endlich das BDI-Modell fallen. Es würde erst 2007/2008 umsetzbar sein und die Länder mit 2,8 Milliarden € zusätzlich belasten. Jetzt ist Zeit - damit komme ich zum Schluss meiner Rede, meine Damen und Herren von der Opposition -, im kommunalen Sinne zu handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die kommunale Wirtschaftssteuer kommt nach der Sommerpause in das parlamentarische Verfahren. Dies müssen wir unterstützen. Sie dürfen das nicht im Deutschen Bundestag und im Bundesrat blockieren. Wenn Sie das tun, sind Sie sozusagen die Totengräber der kommunalen Finanzen nicht nur in NRW, sondern bundesweit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt können wir noch gemeinsam Einfluss nehmen. Dies sollten wir im Interesse des Landes und der Kommunen tun. Deshalb ist die Entscheidung für Kreditierung richtig. Sie verschafft eine kurze Atempause. Das Weitere müssen wir gemeinsam erledigen. In diesem Sinne fordere ich Sie zum gemeinsamen bundesweiten Handeln auf. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Groth. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir damit die Beratungen schließen und zur Abstimmung kommen können.

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 13/4100**, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Drucksache 13/4000 in der Fassung seiner Beschlüsse zur zweiten Lesung anzunehmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen** und der Gesetzentwurf in der zweiten Lesung verabschiedet.

Meine Damen und Herren, die nach der Geschäftsordnung vorgesehene dritte Lesung des Nachtragshaushaltsgesetzes ist für Freitag, den 4. Juli 2003, als Tagesordnungspunkt 1 vorgesehen.

Wir kommen jetzt zu: